

volksfreund

Region  Bitburg & Prüm

Stadtentwicklung

Rund um die alte Feuerwache in Bitburg soll neuer Wohnraum entstehen

4. Januar 2021 um 17:53 Uhr | Lesedauer: 3 Minuten



Das Gebiet zwischen der Mötscher Straße (links) und der Bahnhofstraße (rechts) soll städtebaulich überplant werden. Wie das genau aussehen wird, ist noch nicht sicher. Foto: TV/Uwe Hentschel

BITBURG. Mit dem geplanten Neubau der Bitburger Feuerwache stellt sich die Frage, was am derzeitigen Standort passieren wird.

Von Uwe Hentschel

Manche Dinge entwickeln in ihrem Verlauf eine überraschende Eigendynamik in eine eher unerwartete Richtung. Exemplarisch dafür ist eine der Beschlussvorlagen, die dem Bitburger Stadtrat bei seiner jüngsten Sitzung vor den erneuten Corona-Einschränkungen vorgelegt wurde.

Inhalt dieser Vorlage war die Entwicklung des Quartiers zwischen Bahnhofstraße, Mötscher Straße und Südring. Dort stehen einige Wohnhäuser, den größten Teil des Areals aber beanspruchen zum einen das Grundstück der Feuerwache und zum anderen das daran angrenzende Gelände der Firma Riewer.

Überlegungen dazu, wie sich diese Gelände zukünftig entwickeln könnte, gibt es schon lange. So hatte Grundstückseigentümer Rolf Riewer der Stadt bereits vor gut zehn Jahren einen Teil seines etwa 8000 Quadratmeter großen Grundstücks angeboten, um dort eine neue Feuerwache - gegebenenfalls auch in Kombination mit einem THW-Stützpunkt - zu errichten.

Im Bauausschuss war dieser Vorschlag seinerzeit allerdings abgelehnt worden. Und zwar mit der Begründung, dass man diesen Weg für eine städtebaulich falsche Entwicklung des Quartiers halte.

Was die Stadt wünscht, ist eine wohnbauliche Ausrichtung. Und wie die dazu vorgelegte Beschlussvorlage zeigt, hat sich die Verwaltung zwischenzeitlich auch Gedanken darüber gemacht, wie eine solche Entwicklung begleitet und auch gefördert werden könnte.

Angeregt wurde dabei, die Planung des Quartiers im Rahmen des landesweiten Modellprojekts „Konzeptvergaben in Rheinland-Pfalz“ anzugehen. Damit sollen unter anderem Projekte gefördert werden, mit denen gemeinschaftlicher, barrierefreier und bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird.

Laut Stadt hat es dazu bereits vor knapp einem Jahr ein gemeinsames Gespräch mit Vertretern der Stadtverwaltung, des zuständigen Ministeriums und der Architektenkammer in Mainz gegeben. Und dabei seien dem Bitburger Vorhaben durchaus Aussichten auf eine Förderung des Konzepts testiert worden.

In die Überlegungen zur Quartierentwicklung mit einbezogen wurde dabei auch das Stadtplanungsbüro Hille + Tesch, das für die Stadt derzeit auch die Architektenwettbewerbe zum Neubau des Parkhauses Annenhof, der Feuerwache sowie der Umgestaltung und Erweiterung der Grundschule Süd betreut. Zudem teilte die mit, dass auch seitens des beteiligten Grundstückseigentümers (Riewer) ein „grundsätzliches Interesse an einer gemeinsamen Vorgehensweise bekundet“ worden sei.

All das geht aus der mehrseitigen Sitzungsvorlage hervor, die dann aber mit einer überraschenden Beschlussempfehlung abschließt. Empfohlen wird nämlich, für die städtischen Flächen kein eigenes Konzeptverfahren einzuleiten. Und das Wörtchen „kein“ ist dabei fett gedruckt und unterstrichen. Stattdessen wird vorgeschlagen, dass die Firma Riewer als größter Grundstückseigentümer des Quartiers selbst eine Konzeptstudie entwickelt und diese dann den städtischen Gremien bis Ende April vorlegt, damit diese darüber beraten können.

In der Sitzung des Stadtrats gab es zu diesem Beschlussvorschlag, der nicht so ganz zum Rest der Vorlage passen wollte, keinen größeren Diskussionsbedarf. Zwar bedauerten sowohl Heiko Jakobs (SPD) als auch Marieluise Niewodniczanska (FDP), dass damit auf einen Architektenwettbewerb verzichtet werde. Ansonsten aber schien zu dieser Angelegenheit bereits an anderer Stelle alles gesagt worden zu sein.

„Die Stadt hätte sich gut vorstellen können, die Entwicklung des Quartiers ohne feste Zielsetzung über einen Wettbewerb zu steuern“, erklärt dazu im Nachgang Bauamtsleiter Berthold Steffes, der, wie er sagt, zunächst auch davon ausgegangen sei, dass es in diese Richtung laufen werde.

Da sich aber im Vorfeld der Sitzung abgezeichnet habe, dass der politische Wille mehrheitlich in eine andere Richtung gehe, habe man den Beschlussvorschlag entsprechend geändert. Grundsätzlich, so Steffes, sei dagegen auch nichts einzuwenden: „Die Gremien müssen dann am Ende entscheiden, ob sie mit dem Ergebnis einverstanden sind.“

